

Kommunale Kriminalprävention

Verena Schreiber



Informationsschild des Kommunalen Präventivrats der Stadt Mainz

Sicherheitsfragen sind in den letzten Jahren in stadtentwicklungspolitischen Diskussionen immer häufiger thematisiert worden. In diesem Kontext gewann auch die kommunale Kriminalprävention zunehmend an Bedeutung. Dies zeigt sich u.a. darin, dass in Deutschland fast flächendeckend so genannte Präventionsräte etabliert wurden **3**. Insbesondere auf Kommunal- und Stadtteilebene schließen sich Akteure aus Verwaltung, Polizei, Wirtschaft, sozialen Einrichtungen und anderen Institutionen zum Zwecke der Kriminalitätsvermeidung zusammen **1**. Mit dieser Entwicklung geht eine Verlagerung von staatlichen Aufgaben der Kriminalitätsbekämpfung und Sicherheitsvorsorge auf die kommunale Ebene einher. Es setzt sich zunehmend die Erkenntnis durch, dass sowohl das subjektive Unsicherheitsgefühl in der Bevölkerung als auch die objektive Kriminalitätslage einen lokalen Bezug aufweisen und wirkungsvoll in den Kommunen bekämpft werden können. Initiiert durch die örtlichen Präventionsräte werden Maßnahmen der Kriminalprävention erprobt, die von Videoüberwachung (►► Beitrag Belina/Rolfes, Bd. 7, S. 134) bis hin zur Vitalisierung des Gemeindelebens reichen.

Entwicklung und Verbreitung

Galt es traditionell noch als Aufgabe der staatlichen, polizeilichen und juris-

tischen Gewalt, ein sicheres Zusammenleben der Bürger zu garantieren, rückt seit Beginn der 1990er Jahre verstärkt die Idee der gemeinschaftlichen Kriminalprävention vor Ort in den Vordergrund. Mit der Etablierung lokaler Zusammenschlüsse wird das Ziel verfolgt, unterschiedlichen Akteuren die Möglichkeit zu geben, sich aktiv an der Kriminalitätsvermeidung und an der Stärkung des Sicherheitsgefühls in der Bevölkerung zu beteiligen.

Bereits 1990 wurde in Schleswig-Holstein der erste „Landesrat für Kriminalitätsvermeidung“ eingerichtet. Aktuell verfügen zehn weitere Länder über eine eigene Landesstelle oder einen Landesrat für Kriminalprävention. Vor allem in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre kam es zu einem Gründungsboom von kriminalpräventiven Initiativen auf kommunaler Ebene **3**, in Hessen verfügt z.B. mittlerweile jede fünfte Kommune über ein Präventionsgremium.

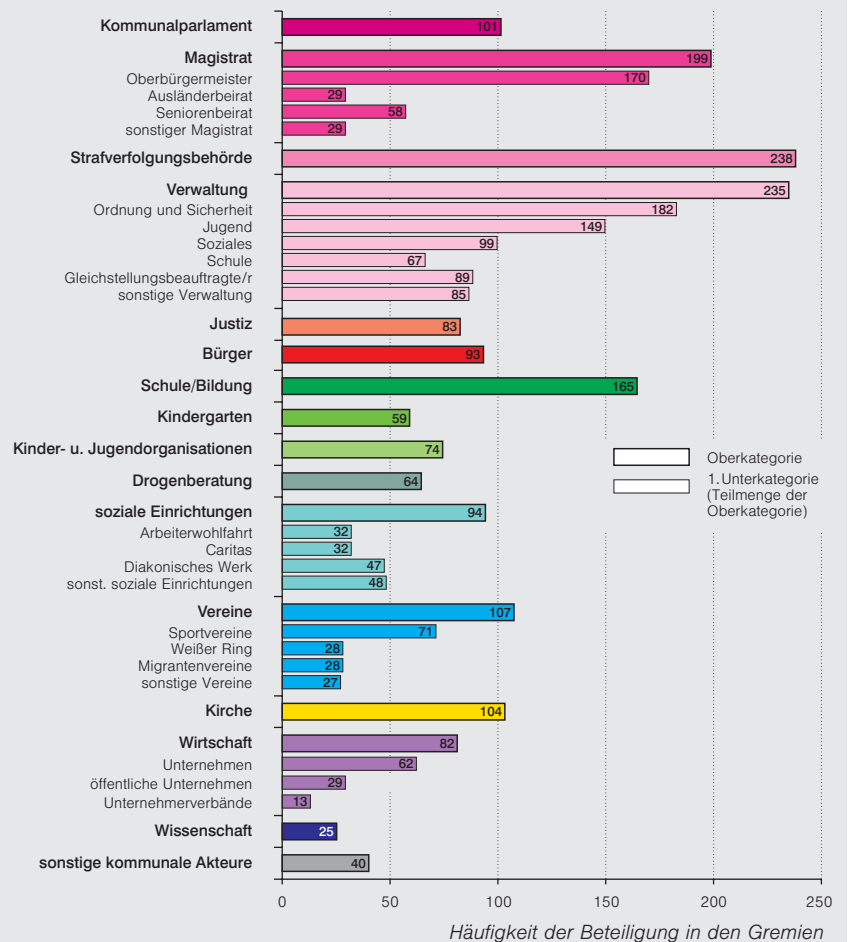
Akteure und Arbeitsschwerpunkte

Kommunale Präventionsgremien treten in unterschiedlichen Organisationsformen auf. Am weitesten verbreitet sind so genannte Kriminalpräventivräte, die größtenteils auf kommunalparlamentarischen Beschluss eingesetzt wurden. Daneben haben sich auch Präventionsvereine und Bürgerinitiativen in den Kommunen etabliert. Gemeinsam ist allen der Anspruch auf ressortübergreifende Vernetzung kommunaler Akteure und auf eine stärkere Einbeziehung der Bürger in Aspekte der Sicherheitsvorsorge. Diese Zielvorgabe ist allerdings in weniger als 40% der Gremien erreicht **1**.

In den meisten Gremien sind die öffentliche Verwaltung und die Strafverfolgungsbehörde präsent. Unter den übrigen Beteiligten bilden Akteure aus dem Bereich Schule sowie aus der Arbeit mit Kindern/Jugendlichen einen deutlichen Schwerpunkt: Über 75% der präventiven Maßnahmen, die sich auf eine konkrete Zielgruppe beziehen, setzen bei Kindern und Jugendlichen an **2**.

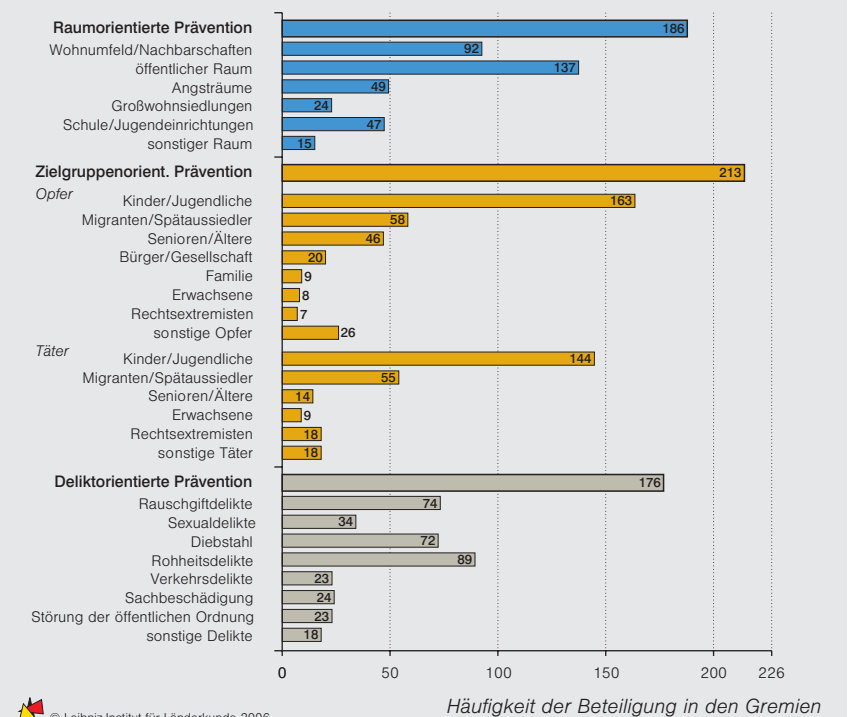
Mit der Einrichtung von Präventionsgremien auf kommunaler Ebene werden in Deutschland Konzepte der Kriminalitätsvermeidung aufgegriffen, die sich seit mehreren Jahrzehnten in den USA und einigen europäischen Staaten etabliert haben (z.B. *community policing*, *broken windows* oder *defensible space*). Diese lassen sich zum einen durch eine Intensivierung sozialer Kontrolle, die Initiierung von Nachbarschaftshilfen (► Foto) sowie durch eine Ausweitung der Strafbarkeitsvoraussetzung auf Bagatellden charakterisieren. Zum anderen gewinnen lokal ansetzende Maßnahmen der

1 Beteiligte Institutionen an kriminalpräventiven Gremien 2005 (n=250 Gremien)



© Leibniz-Institut für Länderkunde 2006

2 Ansatzpunkte der Projektarbeit 2005 (n=226 Gremien)



© Leibniz-Institut für Länderkunde 2006

Methodische Anmerkung

Die Datengrundlage für die Abbildungen resultiert aus einer im Herbst 2005 durchgeführten deutschlandweiten Online-Umfrage unter kommunalen Präventionsgremien, an der sich knapp 300 Kommunen beteiligt haben.

Kriminalprävention gegenüber sozialen Ansätzen zunehmend an Bedeutung, z.B. die kriminalitätsabwehrende Siedlungsgestaltung.

(Un-)Sicherheit als diskursives Phänomen

Nicht zuletzt von den Akteuren kommunaler Präventionsgremien selbst wird auf die Diskrepanz von konkreten Unsicherheitslagen einerseits und einem wachsenden Unsicherheitsgefühl in der Bevölkerung andererseits hingewiesen. Die Thematisierung von Sicherheitsaspekten in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen kann nicht hinreichend durch einen Anstieg der Kriminalitätsbelastung erklärt werden. Denn Sicherheit und Unsicherheit sind Phänomene, die auch unabhängig von der Kriminalitätssituation existieren. Diese Beobachtung wirft die Frage auf, wie die Konjunktur des Sicherheitsaspekts erklärt werden kann, und weist darauf hin, dass „Unsicherheit“ im Wesentlichen ein diskursives Phänomen ist (▶ Beitrag Belina/Rolfes, Bd. 7, S. 134). Die teilweise dramatisierende Berichterstattung in den Medien ist ein Beispiel dafür, wie neue Themen gesetzt und Vorstellungen von Sicherheit und Unsicherheit geprägt werden. Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Phänomen der zunehmenden Thematisierung von (Un-)Sicherheit darf sich deshalb nicht dem wirklichkeitskonstruierenden Charakter von Diskursen verschließen. ♦

